BEAUFTRAGTE DES LANDES BRANDENBURG ZUR AUFARBEITUNG DER FOLGEN DER KOMMUNISTISCHEN DIKTATUR

Erster Tätigkeitsbericht

Berichtszeitraum:
1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2011

Tätigkeitsbericht der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur hat gemäß Brandenburgischem Aufarbeitungsbeauftragtengesetz (BbgAufarbBG), § 4, dem Landtag alle zwei Jahre einen Bericht über ihre Tätigkeit zu geben.

Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung
der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAkD)
Hegelallee 3
14467 Potsdam
Tel.: 0331-23729210
FAX: 0331-23729229
aufarbeitung@lakd.brandenburg.de
www.aufarbeitung.brandenburg.de
den 15. März 2012

Inhalt Teil 1

1. Einleitung 5

1.1. Berufung der Landesbeauftragten und gesetzliche Grundlagen 5

1.2. Politische Rahmenbedingungen 6

1.3. Situation im Land 9

1.4. Selbstverständnis 12

2. Aufbau der Behörde der Aufarbeitungsbeauftragten 15

2.1. Die ersten Wochen der neuen Behörde 15

2.2. Der Wechsel vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport zum Landtag 17

2.3. Die Gewinnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern 17

2.4. Der Dienstsitz in der Hegelallee 3 18

2.5. Die finanziellen Rahmenbedingungen für die Arbeit der LAkD 19

2.6. Die Entwicklung von Kooperationsstrukturen 20

3. Politisch-historische Aufarbeitung 21

3.1 Der Auftrag 21

3.2 Öffentliche Veranstaltungen der Erwachsenbildung 21

3.3 Ausstellungen 30

4.1 Geschichtsaneignung 34

4.2 Bildungsinstitutionen bei der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte unterstützen
Pädagogen und junge Menschen für Diktaturfolgen sensibilisieren 35

4.3 Veranstaltungen mit Schülerinnen und Schülern 35

4.4 Lehrerfortbildungen 37

4.5 Kinder und Jugendliche für Zeitgeschichte interessieren 39

4.6 Zusammenarbeit mit den Gedenkstättenlehrerinnen und -lehrern 41

1. Einleitung

1.1. Berufung der Landesbeauftragten und gesetzliche Grundlagen

Am 7. Juli 2009 verabschiedete der Landtag das Gesetz über den Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (Brandenburgisches Aufarbeitungsbeauftragtengesetz - BbgAufarbBG -, GVBl. I/09, Nr. 09, S. 190). Während in den anderen neuen Bundesländern schon Anfang der 90er Jahre ein solches Amt eingerichtet wurde, zog Brandenburg nun nach fast zwanzig Jahren nach. Die Abgeordneten haben damit mehrheitlich der Überzeugung Ausdruck verliehen, dass eine Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit und deren Folgen sinnvoll und notwendig sei und einer politischen Förderung bedarf.

Im Artikel 2 des Gesetzes werden die Aufgaben der Einrichtung benannt. Sie lassen sich in drei Komplexen zusammenfassen:

- Beratung von Bürgerinnen und Bürgern, die 1945 bis 1989 von politischer Verfolgung unmittelbar oder mittelbar betroffen waren, sowie Beratung aller Bürgerinnen und Bürger bei der Wahrnehmung ihres Rechts auf Einsicht in über sie angelegte Unterlagen des Ministeriums für Staatsicherheit gemäß der §§ 13 – 17 Stasi-Unterlagen-Gesetz.
- Aufklärung der Öffentlichkeit über die Wirkungsweise diktatorischer Systeme unter besonderer Berücksichtigung der kommunistischen Diktatur in SBZ und DDR, auch in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen des Landes, wie der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung und der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten.
- Beratung von Einrichtungen des Landes und anderen öffentlichen Institutionen im Umgang mit Akten des Staatssicherheitsdienstes der DDR und bei der Überprüfung ihrer Mitarbeiter bzw. Stellenbewerber im Hinblick auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst der DDR.

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Matthias Platzeck wurde Ulrike Poppe gemäß BbgAufarbBG am 17. Dezember 2009 für sechs Jahre zur Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAkD) einstimmig vom Landtag Brandenburg gewählt. Es wurde eine ausreichende personelle und finanzielle Ausstattung

zugesagt, um eine sinnvolle und effektive Arbeit zu ermöglichen.

Nach einer Übergangszeit, in der die Landesbeauftragte noch Verpflichtungen gegenüber ihrer vorherigen Arbeitgeberin, der Evangelischen Akademie zu Berlin, erfüllte, trat sie offiziell am 22. Februar in das Angestelltenverhältnis bei der Landesregierung Brandenburg ein. Am 3. März wurde sie als Beamtin auf Zeit berufen.
Bis zur Änderung des Brandenburgischen Aufarbeitungsbeauftragtengesetzes war das Amt der Landesbeauftragten beim Ministerium für Bildung, Jugend und Sport eingerichtet. In den ersten zwei Monaten, im Januar und Februar 2010, wurde die Aufarbeitungsbeauftragte beim Aufbau der neuen Behörde umfassend durch das MBJS unterstützt.
Seit dem 1. März 2010 ist die Landesbeauftragte dem Präsidenten des Landtages Brandenburg zugeordnet. Sie ist in Ausübung ihres Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Sie untersteht der Dienst- und der Rechtsaufsicht des Präsidenten, soweit ihre Unabhängigkeit dadurch nicht beeinträchtigt wird.

1.2. Politische Rahmenbedingungen

Nach den Wahlen im Herbst 2009 und der Bildung einer Koalition der SPD mit der Partei Die Linke bestand eine besondere Situation. Befürchtungen wurden in Brandenburg laut, dass nun eine kritische Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und ihren Folgen noch mehr in den Hintergrund geraten könnte. Besonders jene Teile der Bevölkerung, die aus politischen Gründen zu DDR-Zeiten Verfolgung erlitten hatten, befürchteten erneute Benachteiligungen. Insbesondere die Aufforderung des Ministerpräsidenten zur Versöhnung führte zu heftiger Kritik.
Wie die künftige Vergangenheitspolitik der Regierungskoalition aussehen solle, formulierten SPD und Linke im November in ihrem Koalitionsvertrag. Die „Hinterlassenschaft der ökonomisch und ökologisch verschlissenen DDR“ wurde als eine “ schwere Hypothek“ ausgewiesen. In der Präambel wird versprochen: „Eine Verklärung der SED-Diktatur wird es mit dieser Koalition nicht geben. Der offene und kritische Umgang mit früheren Fehlern ist ebenso notwendig wie die Übernahme von Verantwortung für verursachtes Unrecht in Missachtung von Freiheit und Demokratie. Wir werden die Lehren der Geschichte umfassend beherzigen und weitergeben. Unser Respekt und unsere Zuwendung gelten den Opfern der Diktatur, das Andenken an erlittene Repressalien werden wir wach halten.“

Als jedoch die frühere Zusammenarbeit mehrerer Abgeordneter der Linkspartei mit dem Ministerium für Staatssicherheit erneut in den Medien thematisiert wurde, geriet wiederum die Glaubwürdigkeit der Rot-Roten Koalition hinsichtlich einer entschlossenen Vergangenheitsaufarbeitung in Gefahr.

Die umgehend erfolgte Installierung einer Aufarbeitungsbeauftragten, die Bereitschaft, alle Landtagsabgeordneten nach dem Stasi-Unterlagengesetz überprüfen zu lassen und die Einrichtung der Enquete-Kommission zur "Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg" verliehen der Entschlossenheit Ausdruck, sich diesen Themen seitens der Politik zu stellen.

Der Landtagspräsident Gunter Fritsch gratuliert Ulrike Poppe zu ihrer Wahl zur Aufarbeitungsbeauftragten Brandenburgs.

Kurz vor der Wahl im Dezember 2009 stellte sich die Kandidatin für das Amt einer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung den Fraktionen des Landtags Brandenburg vor. In allen Fraktionssitzungen wurde der Wille zum Ausdruck gebracht, eine umfassende Aufarbeitung zu befördern und die Landesbeauftragte bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

Am 23. März 2010 fand die feierliche Amtseinführung durch den Präsidenten des Landtags, Gunter Fritsch, im Schloss Cecilienhof statt. Viele Landtagsabgeordnete, Regierungsvertreter,

Mitglieder aus Opferverbänden, zukünftige Kooperationspartner und Medien sowie die Beauftragten der Länder Berlin, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsens nahmen daran teil. Hauptredner waren neben dem Landtagspräsidenten die damalige Bundesbeauftragte für die Unterlagen der Staatssicherheit, Marianne Birthler, und der Vorsitzende der Union der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft, Rainer Wagner.
Der Landtagspräsident Gunter Fritsch betonte: „20 Jahre nach der Wiedervereinigung sind noch nicht alle Wunden geheilt, die die SED-Diktatur Menschen zugefügt hat. Diesen Menschen werden Sie eine Hilfe sein können, aber auch denen, die als Täter aufrichtig Reue zeigen. Daran, dass der Gedanke der Vergebung eine Grundlage des christlichen Abendlandes ist, muss der eine oder andere manchmal erinnert werden, den der Hass wegen des an ihm begangenen Unrechts für jegliche Vergebung blind gemacht hat.“ Fritsch weiter: „Bis zur Aufnahme Ihrer Tätigkeit war der Weg lang, wenn man bedenkt, dass Brandenburg als letztes neues Bundesland eine Beauftragte installiert.” Gunter Fritsch betonte, dass die Landesbeauftragte ihre Tätigkeit mit der Unterstützung des gesamten hohen Hauses und der Landesregierung antreten könne.
Es verstünde sich von selbst, dass die Landesbehörden mit der Landesbeauftragten im Rahmen ihrer Möglichkeiten zusammenarbeiten. Marianne Birthler sprach davon, dass Brandenburg ein neues Kapitel in seiner Geschichte aufgeschlagen habe. Das sei „sehr spät, aber nicht zu spät“. Rainer Wagner erklärte, dass diese Amtseinführung eine große Genugtuung für die Opferverbände sei. Zugleich mahnte er zu einer differenzierten Sicht. Mancher „pflichtbewusste Stasi-IM“ habe anderen viel weniger geschadet als ein Parteisekretär, ein LPG-Vorsitzender oder ein Schuldirektor.

Landtagspräsident Gunter Fritsch und die damalige Bundesbeauftragte für Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, neben Ulrike Poppe während der Einführungsveranstaltung im Schloss Cecilienhof.

Einerseits schuf damit das Land Brandenburg eine Institution, wie sie vergleichbar in den anderen neuen Bundesländern und Berlin mit den „Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ (LStU) seit Anfang der 90er Jahre bereits existierte. Andererseits entspricht die Brandenburgische Amtsbezeichnung für die Landesbeauftragte viel eher den tatsächlichen Tätigkeiten, mit dem sie und ihre Kolleginnen und Kollegen in den anderen Ländern beauftragt sind: Beratung und Unterstützung der ehemals Verfolgten, Information und Aufklärung der Öffentlichkeit sowie Beratung der Behörden. Die Bezeichnung Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen führt oft zur Verwechslung mit den BStU-Außenstellen und zu dem Missverständnis, die Landesbeauftragten hätten Stasi-Akten zu verwalten. Zudem wird mit der neuen Amtsbezeichnung die vielfach kritisierte Konzentration der Aufarbeitung von DDR-Geschichte auf die Staatssicherheitsthematik vermieden. Als offizielle Abkürzung für den langen Namen wurde die Bezeichnung „LAkD“ gewählt.

1.3. Situation im Land

Die politischen Rahmenbedingungen für die Erfüllung des gesetzlichen Auftrages durch die

Landesbeauftragte Anfang des Jahres 2010 waren günstig. Fraktionsübergreifend war die Bereitschaft vorhanden, die Beratungs- und Aufklärungsarbeit der LAkD zu unterstützen. Entgegen mancherlei Befürchtungen kamen auch zahlreiche positive Reaktionen von der Bevölkerung des Landes. In vielen Städten und Gemeinden wurden die Aufarbeitungsbeauftragte und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freundlich empfangen und überall wurden der Bedarf und die Bereitschaft signalisiert, sich auch nach 20 Jahren noch mit der DDR-Zeit auseinanderzusetzen.

Die größten Defizite lagen in der Beratung von während der Diktatur Benachteiligten und Verfolgten. Zwar hatte der Berliner Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen bereits seit 2005 mit finanzieller Unterstützung durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Beratungen in verschiedenen Städten des Landes Brandenburg angeboten, aber es zeigte sich sehr bald, dass damit der Beratungsbedarf keineswegs gedeckt werden konnte (siehe hierzu Abschnitt 5). Der bisherige Berater, Reinhard Schult, wurde Mitarbeiter der LAkD.

Einerseits geht es darum, den Opfern der SED-Diktatur zu ihrem Recht zu verhelfen, das ihnen nach den Rehabilitierungsgesetzen zusteht. Andererseits geht es den Betroffenen nicht nur um materielle Entschädigung und gesundheitliche Leistungen. Sie leiden unter einem gesellschaftlichen Klima, in welchem die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR verklärt und die Diktatur verharmlost wird. Viele von ihnen vermissen eine angemessene Würdigung ihres Widerstands und des Leids, das ihnen durch das SED-Regime zugefügt wurde. Die Regierungsbeteiligung einer Partei, zu der Mitglieder und Anhänger gehören, die für das Unrecht Mitverantwortung tragen, verstärkt das Abseits, in das sich diese Menschen gedrängt fühlen. Die Folgen der Repressionen wirken nach, sozial und mental. Sie erleben zum Teil mit Bitterkeit, wie diejenigen, die sich dem damaligen Regime dienstbar erwiesen hatten, heute an ihnen vorbei ihre berufliche Karriere fortsetzen oder sogar wieder politische Macht ausüben.

Der größere Teil der Bevölkerung hatte das politische System in der DDR billigend oder heimlich missbilligend in Kauf genommen. Manche waren auch überzeugt, einer besseren politischen Ordnung gedient zu haben. Muss ihnen nicht ein Recht auf Irrtum und Umkehr zugestanden werden? Nicht jeder hat unter der Entmündigung durch den DDR-Staat gelitten. „Nur wer sich bewegt, spürt seine Fesseln.“ (Rosa Luxemburg). Wer zu DDR-Zeiten von Repressionen verschont blieb und heute Mühe hat, mit der Freiheit, der damit verbundenen

Eigenverantwortung und den Lebensrisiken klarzukommen, mag sich vielleicht sogar nach dem repressiven Fürsorge-Staat zurücksehnen. Die Spannung zwischen Freiheit und sozialer Sicherheit bleibt nicht nur eine Herausforderung für die Politik, sondern findet sich auch im Meinungsstreit über die Beurteilung des politischen Systems der untergegangenen DDR wieder.

Die gesellschaftlich-politische Asymmetrie zugunsten derjenigen, welche die SED-Diktatur gestützt haben, bietet immer wieder Anlass zu einem spannungsgeladenen Diskurs darüber, ob hinsichtlich der Verantwortlichen von einst zu viel Verfolgungseifer oder zu viel Nachsicht geübt wird. Je nach Sicht auf die DDR-Vergangenheit und eigener oder vermittelter Erfahrung wird der Unrechtscharakter des DDR-Systems als Entwertung der eigenen Lebensleistung oder als Würdigung des Opferschicksals aufgefasst. Darüber hinaus wird der Blick auf die Vergangenheit durch gegenwärtige Befindlichkeiten geprägt: enttäuschte Erwartungen an den Einigungsprozess, Deprivation, Misstrauen in die Gestaltungskompetenz der Politiker. Aber auch Unkenntnis über das Unrecht in der Diktatur erweist sich oftmals als Ursache für einen verklärten Blick auf die Vergangenheit.

Eine Reihe von Initiativen hat jedoch in den brandenburgischen Städten und Kommunen die Erinnerung an den Staatssozialismus, an das Unrecht, z. B. in den Grenzgebieten, und an den demokratischen Widerstand wachgehalten. Vereine, Verbände, Bürgerinitiativen sowie Gedenkstätten und Museen sind daher auch wichtige Partner für die LAkD. Auch die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (BLpB) und die Außenstelle des BStU haben dafür gesorgt, dass die Aufarbeitung in Brandenburg in den letzten 20 Jahren weiter geführt wurde. Die Vertreter der Initiativen werden nun regelmäßig in die Räume der LAkD eingeladen, um eine Vernetzung und Koordinierung der Arbeit zu ermöglichen (siehe hierzu Abschnitt 11).

Die Kenntnisse über die DDR-Geschichte sind bei der jungen Generation zum Teil mangelhaft. Das wird durch entsprechende Untersuchungen belegt und auch in der Öffentlichkeit immer wieder beklagt. Im Zusammenwirken mit dem MBJS, dem LISUM und schulischen wie auch außerschulischen Einrichtungen liegt hier ein weiterer wichtiger Arbeitsschwerpunkt für die LAkD (siehe hierzu Abschnitt 4). Obwohl manche Lehrerinnen und Lehrer mit hervorragenden Projekten das Interesse der Schülerschaft an der DDR-Geschichte fördern, gibt es in anderen Teilen der Lehrerschaft zuweilen wenig Bereitschaft, diese Themen im Unterricht zu behandeln. Dies mag u. a. daran liegen, dass manche ihre eigene Biografie vor dem Hin-

tergrund des Alltags in der DDR kaum reflektiert haben und sich daher gegenüber den Anforderungen des Fachunterrichts und eventuellen Diskussionen mit Schülern unsicher fühlen. Häufiger als eine generelle Ablehnung, Steuergelder für die Vergangenheitsaufarbeitung auszugegeben, wird Kritik an der Art und Weise der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur geäußert. U. a. geht es um folgende Kritikpunkte:

- Der Westen oktroyiere den Ostdeutschen sein im Kalten Krieg geformtes DDR-Bild. „Wir“ haben die DDR anders erlebt, als sie jetzt offiziell dargestellt wird.
- Die Verurteilung der politischen Ordnung der DDR, der Hinweis auf die Systemverbrechen sei eine Diskreditierung der DDR-Bevölkerung und eine Entwertung der eigenen Lebensleistung.
- Die Dominanz des Stasi-Themas führe zur Verzerrung der tatsächlichen Verantwortungsstrukturen, die Verantwortung der SED bliebe unterbelichtet.
- In den Medien werde oft vorschnell und pauschal verurteilt, weil die spektakuläre Meldung wichtiger sei als eine differenzierte und damit faire Berichterstattung.
- Der Diktaturbegriff sei eine unzulässige Bezeichnung für die SED-Herrschaft.

1.4. Selbstverständnis

Die Landesbeauftragte will dazu beitragen, ein Klima der Offenheit und des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger untereinander und gegenüber den öffentlichen Institutionen zu schaffen. In den Zeiten der Diktatur waren weder ein offener Meinungsstreit noch eine Kritik an den staatlichen Institutionen öffentlich möglich. Für den vom DDR-System geprägten Teil der brandenburgischen Bevölkerung ist die Auseinandersetzung mit der in der DDR erlebten Entmündigung und Ohnmacht daher auch ein wichtiger Schritt zur Entwicklung eines bürgerschaftlichen Selbstbewusstseins. Die politisch-historische Aufklärung ist darauf gerichtet, Menschen in Brandenburg über ihre jeweils individuellen DDR-Erfahrungen untereinander und mit Jüngeren ins Gespräch zu bringen. Durch geschichtswissenschaftliche Beiträge, Zeitzeugengespräche und den Austausch von Erinnerungen und Anschauungen aus verschiedenen Perspektiven auf die DDR-Geschichte können die Beteiligten ein eigenes, differenziertes Geschichtsbild gewinnen bzw. ihr bisheriges ergänzen oder revidieren.

Historische Aufarbeitung bekommt dann eine besondere Relevanz für die Menschen, wenn sie an ihren eigenen Erfahrungen ansetzt. Dafür hat es sich als besonders sinnvoll erwiesen, mit Initiativen, Museen und Gedenkstätten vor Ort eng zusammenzuarbeiten und deren

Themenvorschläge aufzunehmen. Der Aufarbeitungsauftrag steht in unmittelbarem Bezug zur politischen und gesellschaftlichen Gegenwart. Fragen von Schuld und Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen während der Diktatur werden im Zusammenhang damit diskutiert, wie wir heute und in Zukunft mit den dunklen Kapiteln unserer Vergangenheit und der Rolle, die der Einzelne darin einnahm, umgehen. Dabei sollte nicht die Ver-, sondern die Beurteilung im Vordergrund stehen. Beurteilungsmaßstab sind vor allem die Menschenrechte. Deren universelle Geltung erlaubt es, auch das System in der DDR und die Beteiligung des Einzelnen am Funktionieren der Diktatur zu bewerten.

Gleichwohl geht es bei der Auseinandersetzung mit schuldhafter Verstrickung Einzelner nicht darum, ein vermeintliches Rachebedürfnis zu bedienen. Um die Funktions-und Wirkungsweise der SED-Diktatur zu verstehen, müssen auch die Mechanismen von Überzeugung und Opportunismus, von Verhaltensspielraum und Zwang, von selektiver Wahrnehmung und Wahrheitssuche, von Anpassung und Verweigerung untersucht werden. Dazu bedarf es der Betrachtung konkreter Lebenssituationen, in denen sich Menschen in den verschiedensten Bereichen des Systems befunden haben.

Die Landesbeauftragte will dazu beitragen, dass auch Menschen zur Offenheit ermutigt werden, die im damaligen System Verantwortung getragen oder Schuld auf sich geladen haben. Ihnen sollte die Chance eingeräumt werden, über Fehler und Irrtümer mit anderen oder auch öffentlich zu reden. Je mehr dazu bereit sind, desto eher ist eine differenzierte Betrachtung und damit eine angemessene Beurteilung möglich. Eine pauschale Einsortierung ganzer Biografien in schwarze oder weiße Schubladen erschwert die Bemühungen um einen offenen Umgang mit der Vergangenheit.

Auch wenn grundsätzlich jedem Menschen das Recht zugestanden wird, über seine Vergangenheit zu schweigen, so müssen Amts- oder Mandatsträger davon ausgenommen werden. Wer sich in der Demokratie um ein Amt oder Mandat bewirbt, geht damit die Verpflichtung ein, seine politische Vergangenheit offenzulegen. Dann bleibt es immer noch den Wählerinnen und Wählern überlassen, ob sie den einen oder anderen ehemaligen Systemträger für geeignet halten und ihm ihre Stimme geben. Und es ist die Entscheidung des Dienstherrn - und damit auch eine politische Entscheidung -, welche Eignungskriterien für bestimmte Amtsträger verlangt werden. In den Bereichen, in welchen die Beamten den Bürgerinnen und Bürgern in hoheitlicher Funktion gegenüber stehen, sollte besonders auf Transparenz geachtet werden, um das Vertrauen in die demokratischen Institutionen zu stärken.

Die Aufarbeitungsbeauftragte setzt sich dafür ein, dass ein an Menschenrechten gemessenes Urteil über den Charakter der SED-Diktatur für die Bevölkerungsmehrheit zum Konsens wird. Erst in einer gesellschaftlichen Atmosphäre, in der Verletzungen der Würde und der Rechte von Menschen weder bagatellisiert, noch geleugnet oder gar gerechtfertigt werden, können die in der DDR politisch Verfolgten sich angenommen und integriert fühlen.

Herta Müller: „Intellektuelle werden beim Thema Diktatur und Stasi schnell müde. Der Überdruß packt sie schon nach der ersten Silbe. Sie wollen nicht wahrhaben, daß wir heute die persönliche Freiheit als Grundwert nicht unverbindlich erhalten können. Daß wir wissen müssen, woraus diese besteht, um sie durchsetzen zu können, wo sie nicht gegeben ist. Das Menschenbild des freien Individuums kann aber ohne die Züge des Oppositionellen der letzten Diktatur nicht gezeichnet werden. Wenn wir stattdessen sagen: "Ich weiß nicht, wie ***ich*** *mich in der Diktatur verhalten hätte", wird der Sinn der persönlichen Freiheit abstrakt. Solange sie gegeben ist, sagt der Satz, haben wir Glück. Geschenkte persönliche Freiheit nehmen wir gerne wahr. Wenn es aber darauf ankäme, diese Freiheit einzuklagen, garantieren wir für nichts."*

2. Aufbau der Behörde der Aufarbeitungsbeauftragten

2.1. Die ersten Wochen der neuen Behörde

Nach dem Inkrafttreten des brandenburgischen Aufarbeitungsbeauftragtengesetzes wurde die Einrichtung im Sinne des § 13 Landesorganisationsgesetz beim Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) angesiedelt. Parlament und Landesregierung schufen die materiellen Voraussetzungen, um die neue Behörde [1] arbeitsfähig zu machen. Aus dem Haushalt des MBJS wurden schon im Jahr 2009 erste Mittel für den Landesbeauftragten bereitgestellt. Damit sollte gewährleistet werden, dass der Landesbeauftragte unmittelbar nach seiner Wahl mit der Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben beginnen konnte. So waren zum Zeitpunkt der Wahl bereits Räumlichkeiten angemietet und die Grundausstattung der ersten Arbeitsplätze durch das MBJS beschafft worden.

Für den Haushaltsentwurf des Jahres 2010 wurde im Einzelplan 05 ein eigenes Kapitel für die Aufarbeitungsbeauftragte mit einem Ansatz in Höhe von 586.400 € vorgesehen. Dies waren gute Voraussetzungen, um eine Beratungs- und Bildungsbehörde, wie sie die LAkD werden sollte, zu schaffen.

Unmittelbar nach ihrer Wahl wandten sich die ersten Bürgerinnen und Bürger an die neue Landesbeauftragte Ulrike Poppe. Telefonisch und per Post trugen sie ihre Anliegen vor und formulierten ihre Hoffnung auf neue Impulse bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Brandenburg. Viele Menschen drückten ihre Freude über das neue Amt und seine Aufgaben sowie die Hoffnung auf Unterstützung aus. Insbesondere erwarteten sie Hilfe bei behördlichen Verfahren zur Rehabilitierung und bei der Auseinandersetzung mit Kommunalvertretern, die mit dem MfS zusammengearbeitet hatten.

Zu Beginn des Jahres 2010 wurde Silvana Hilliger zur Unterstützung beim Aufbau der neuen Behörde vom MBJS abgeordnet. Es galt, eine Konzeption zu entwickeln, wie die im § 2 BbgAufarbBG geregelten Aufgaben des Amtes erfüllt werden können. Im Haushalt waren neben der Stelle des Landesbeauftragten sieben weitere Personalstellen veranschlagt. Arbeitsbereiche mussten beschrieben und die dafür notwendige Qualifizierung des Personals zugeordnet werden.

Bei der Gestaltung der Arbeit der brandenburgischen Aufarbeitungsbeauftragten konnten

[1] Im eigentlichen Sinne handelt es sich um eine Dienststelle mit Behördeneigenschaften. Diese Bewertung ergibt sich aufgrund einer Prüfung durch den Parlamentarischen Beratungsdienst vom 02.03.2010. Aus Gründen der Vereinfachung wird im Folgenden der Begriff Behörde verwendet.

die Erfahrungen der seit 1992 arbeitenden Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen (LStU) der anderen ostdeutschen Bundesländer ausgewertet werden. Es zeigte sich dabei auch, dass die brandenburgische Landesbeauftragte vor ganz spezifischen und sehr umfassenden Aufgaben stand. Während in den anderen Bundesländern seit der Gründung der Ämter der Landesbeauftragten kontinuierlich Betroffene bei den Rehabilitierungsanträgen nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen beraten und in den entsprechende Verfahren unterstützt werden konnten, war dies in Brandenburg angesichts des bisherigen Fehlens einer solchen Stelle nur in ungenügendem Maße möglich. Viele Lebens- und Verfolgungsgeschichten waren dramatisch und es galt, den Betroffenen schnell zu helfen. Zwar wurden im Land Brandenburg ebenso wie in den anderen ostdeutschen Ländern seit Inkrafttreten der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze Rehabilitierungsanträge gestellt und beschieden, aber die „Mitversorgung“ durch den Berliner Landesbeauftragten reichte nicht aus, um dem Bedarf an angemessener Beratung annähernd gerecht zu werden. Viele Menschen wandten sich nun an Frau Poppe, obwohl ihre Rehabilitierungsverfahren schon abgeschlossen waren, insbesondere, wenn sie einen ablehnenden Bescheid erhalten hatten.

Daher wurde als erster wichtiger Schritt zur Herstellung der Arbeitsfähigkeit der neuen Behörde die Bürgerberatung aufgebaut. Bereits zum 1. Februar 2010 begann Reinhard Schult mit seiner Tätigkeit, der seit dem Jahr 2002 im Auftrag des Berliner Landesbeauftragten regelmäßig in den Kommunen Brandenburgs Menschen über Rehabilitierungsmöglichkeiten beraten hatte. Zum 1. März 2010 begann eine weitere Kollegin, Petra Morawe, als Bürgerberaterin bei der LAkD zu arbeiten. Sie hatte ebenfalls umfangreiche Erfahrungen in der Beratung und Anwendung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze.

Anfang Februar 2010 bezog die Landesbeauftragte die eigens angemieteten Räumlichkeiten in der Potsdamer Steinstraße. Diese Räume standen nur befristet zur Verfügung und waren für maximal fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geeignet. Sie galten von Anbeginn als Übergangslösung. Es stellte sich schnell heraus, dass die Steinstraße - abseits einer guten Verkehrsmittelanbindung - insbesondere für ältere Menschen sehr ungünstig lag. Daher galt es, Räumlichkeiten zu finden, die innerhalb von Potsdam zentral und verkehrsgünstig gelegen sind. Der Umzug in die Hegelallee 3 erfolgte im Mai 2010. Dort stehen ausreichende und freundliche Räume zur Verfügung.

2.2. Der Wechsel vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport zum Landtag

Am 26. Februar 2010 beschloss der brandenburgische Landtag die erste Änderung des Aufarbeitungsbeauftragtengesetzes. Die Beauftragte wurde auf der Grundlage des Artikels 74 der brandenburgischen Landesverfassung beim Präsidenten des Landtags eingerichtet und damit aus dem Geltungsbereich des Landesorganisationsgesetzes und der Zuständigkeit des MBJS genommen. Sie ist seitdem wie die Beauftragte für den Datenschutz eine Einrichtung des Landtags. Infolge der Gesetzesänderung wurde ein Haushaltskapitel im Einzelplan des Landtags, Kapitel 01040, eingerichtet.

An dieser Stelle sei dem MBJS für die engagierte Unterstützung bei den ersten Schritten zum Aufbau der LAkD gedankt. Die neue Landesbeauftragte wurde personell und organisatorisch in jeder Hinsicht durch das Ministerium unterstützt. Die gute Zusammenarbeit in den Anfängen mit dem MBJS hat sich bis heute, nunmehr bezogen auf fachpolitische Fragestellungen, fortgesetzt.

2.3. Die Gewinnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

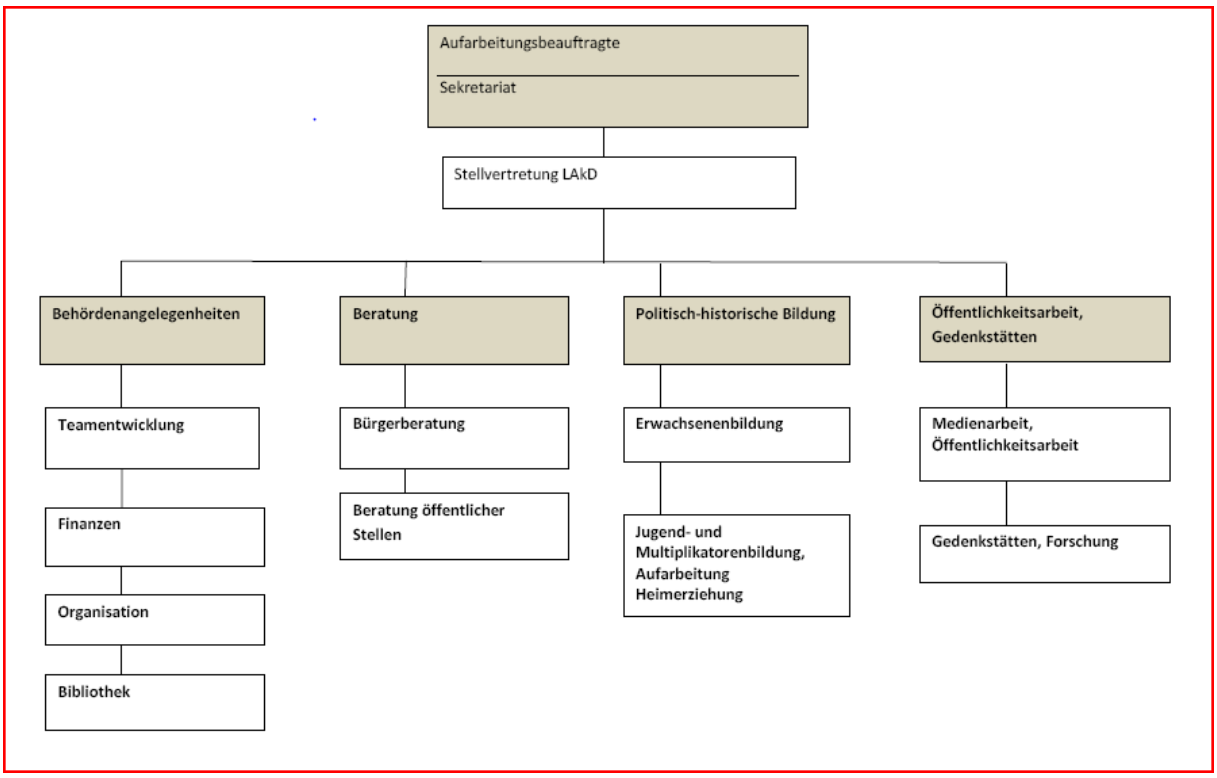
Bereits im Februar 2010 begann eine enge Kooperation zwischen der LAkD und der Landtagsverwaltung. Es galt insbesondere, die Voraussetzungen für die Personalbeschaffung und den neuen Dienstort zu klären. Beides konnte gemeinsam zügig in Angriff genommen werden. Vorübergehend stellte die Landtagsverwaltung Sekretariatskapazitäten für die LAkD zur Verfügung und leistete damit eine große Hilfe in der komplexen Aufbauphase.

Nach Erarbeitung eines Personalkonzeptes für die neue Behörde wurden entsprechende Stellenbeschreibungen als Voraussetzung für die öffentlichen Ausschreibungen erarbeitet. Es waren zwei Personalstellen für die Bürgerberatung, zwei Personalstellen für die politisch-historische Bildung einschließlich der Zuständigkeit für Geschäftsführung und Teamentwicklung, und eine Personalstelle für Öffentlichkeitsarbeit, Forschung und Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten vorgesehen. Außerdem mussten eine Sekretariats- und eine Sachbearbeiterstelle besetzt werden.

Die Stelle einer Referentin für die behördlichen Angelegenheiten (Finanzen, Organisation), die politisch-historische Jugendbildung und die Aufarbeitung im Bildungswesen war bereits durch Silvana Hilliger seit Februar 2010 besetzt. Zum 1. Juli 2010 wurde eine Sekretärin, Nadine Domhardt, zum 1. Dezember 2010 eine Referentin für politisch-historische Erwachsenenbildung, Dr. Marianne Subklew, (zugleich Stellvertreterin der LAkD), zum 1. Januar 2011

ein Referent für Forschung, Gedenkstätten und Öffentlichkeitsarbeit, Rainer Potratz, sowie zum 1. Februar 2011 eine Sachbearbeiterin, Kati Wuttke, eingestellt.

Zur Veranschaulichung der Aufgabenverteilung dient folgendes Schema:



2.4. Der Dienstsitz in der Hegelallee 3

Die LAkD hat in der Hegelallee 3 zwei Etagen für Diensträume von der Gewoba Potsdam gemietet. Diese Räume umfassen neben Büros für die Mitarbeiter einen Besprechungs- und Veranstaltungsraum für maximal 30 Personen sowie zwei Flure mit offenen Bereichen. Diese werden für die Präsentation von Ausstellungen sowie für die Bibliothek genutzt. In drei kleineren Büroräumen befindet sich derzeit die Geschäftsstelle der Enquetekommission zur „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“.

Im Vorfeld des Einzugs der LAkD in die Hegelallee 3 wurde mittels eines Treppenlifts für Rollstuhlfahrer und einer behindertengerechten Toilette die Barrierefreiheit in der unteren Etage hergestellt. Von den Besuchern werden die Räumlichkeiten als offen und angenehm empfunden. Dies ist insbesondere wichtig für die Beratungssuchenden.

Besuch des Landtagspräsidenten Gunter Fritsch in den neuen Diensträumen der Aufarbeitungsbeauftragten in der Hegelallee 3

In den Räumen der LAkD finden neben der Bürgerberatung Veranstaltungen mit den brandenburgischen Betroffenenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen, Konsultationen mit Studiengruppen sowie Veranstaltungen im Kontext von Ausstellungen statt.

2.5. Die finanziellen Rahmenbedingungen für die Arbeit der LAkD

Die Mittel für die Arbeit der Aufarbeitungsbeauftragten sind in einem eigenen Kapitel im Einzelplan 01/ Landtag ausgewiesen. Es standen folgende Haushaltmittel zur Verfügung:

2010: 586.400 €

2011: 627.400 €

Die Mehrausgaben im Jahr 2011 gehen vor allem auf die inzwischen erfolgte Besetzung aller Planstellen zurück. In beiden Jahren standen der LAkD je 40.000 € für die Förderung von Projekten Dritter zur Verfügung. Für die Aufklärungs- und Bildungsarbeit waren im Jahr 2010 49.600 € und im Jahr 2011 55.000 € vorgesehen. Diese wurden zur Finanzierung eigener Ausstellungen, Veranstaltungen und der Erarbeitung später zu veröffentlichender Manuskripte verwendet. Allerdings wurden sie im Jahr 2010 wegen der Aufbausituation der Be-

hörde nicht voll ausgeschöpft. 2011 änderte sich das. Mit der Besetzung der Personalstellen und den damit vorhandenen fachlichen Kapazitäten konnten nun zahlreiche öffentliche Angebote unterbreitet werden, die sich allerdings nur durch Einsparungen in anderen Haushaltspositionen umsetzen ließen.

2.6. Die Entwicklung von Kooperationsstrukturen

Von Anbeginn der Arbeit der LAkD hatte die Entwicklung eines Netzes von Kooperationspartnern Priorität. In § 2 BbgAufarbBG beauftragt der Gesetzgeber die LAkD zur Kooperation mit den Opferverbänden, Gedenkstätten und der BLpB. Darüber hinaus arbeitet sie mit weiteren öffentlichen Institutionen und freien Trägern zusammen. Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist vor allem ein kommunikativer Prozess. Die Aufarbeitungsbeauftragte hat daher Partner in den verschiedenen Regionen des Landes angesprochen und für gemeinsame Aktivitäten zu gewinnen versucht. Die ersten Kooperationsgespräche der Landesbeauftragten fanden mit Vertretern von Opferverbänden und Mitgliedern der Landesregierung statt. So mit den Ministern für Bildung, Jugend und Sport und für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Ein weiteres frühes Kooperationsgespräch wurde mit dem Verband der Geschichtslehrer, Landesverband Brandenburg, geführt, bei dem gemeinsame Veranstaltungen verabredet wurden. In der ersten Hälfte des Jahres 2010 begann auch die Zusammenarbeit mit verschiedenen Häftlingsgemeinschaften der früheren Speziallager, mit dem DDR-Geschichtsmuseum Perleberg, mit dem Bauernbund Brandenburg, mit dem Städte- und Gemeindebund, der Landespressekonferenz und vielen anderen mehr. Am Ende des Jahres 2010 waren zahlreiche Kooperationen erfolgreich vereinbart (siehe Abschnitt 11).

3. Politisch-historische Aufarbeitung

3.1 Der Auftrag

Die politisch-historische Aufarbeitung umfasst die Bildungsarbeit für Jugendliche ebenso wie für Erwachsene. Der Übergang ist fließend und beide Bereiche ergänzen sich bzw. sind aufeinander bezogen, da das der Arbeit zu Grunde liegende Selbst- und Bildungsverständnis beide Bereiche tangiert und prägt. Das Gesetz beschreibt den Aufarbeitungsauftrag in Bezug auf die Bildungsarbeit folgendermaßen:

„Der Landesbeauftragte trägt dazu bei, die Öffentlichkeit über die Wirkungsweisen diktatorischer Herrschaftsformen, insbesondere in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, zu unterrichten. Struktur, Wirkungsweise und Methoden des Staatssicherheitsdienstes sowie Instrumente staatlicher Repression in der DDR auf dem Gebiet des heutigen Landes Brandenburg sollen in besonderer Weise berücksichtigt werden.“ [2]

Es zeigt sich deutlich, dass auch 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung die Angebote, sich mit bestimmten Kapiteln der Vergangenheit auseinanderzusetzen, auf eine interessierte Öffentlichkeit stoßen. Besonders außerhalb der Landeshauptstadt fehlte es bisher weitgehend an Anregungen, sich z. B. mit der eigenen Geschichte „vor Ort“ zu beschäftigen. In den politisch-historischen Bildungsangeboten der LAkD wird daher in der Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit möglichst ein regionaler Bezug hergestellt. Diese Spurensuche hat die Akteure vor Ort und deren Biografien im Blick und würdigt sie. Insofern ist der Bildungsansatz sowohl deduktiv, in dem zeitgeschichtliche Phänomene regional erhoben und gedeutet werden, als auch induktiv, in dem die Folgen regionaler Ereignisse auf den gesamtstaatlichen Herrschaftsapparat und ihre gesamtgesellschaftlichen Folgen untersucht werden.

3.2 Öffentliche Veranstaltungen der Erwachsenbildung

Im ersten Jahr war die Aufarbeitungsbeauftragte auf vielen Veranstaltungen Dritter präsent oder aber ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellten die Arbeit der jungen Einrichtungen andernorts vor. Hier ist vor allem die Teilnahme an folgenden Veranstaltungen zu erwähnen: Die Besuche mehrerer Kreistagssitzungen im Land und die Vorstellung der Arbeit beim brandenburgischen Landkreistag und beim Landesschulbeirat Brandenburg. Darüber hinaus prä-

[2] BbGAufarbBG § 2, (4)

sentierte sich die Behörde auf dem Brandenburgtag in Schwedt sowie auf dem Ökumenischen Kirchentag in München.

Die erste eigene Veranstaltung der Aufarbeitungsbeauftragten fand im Dezember 2010 im Potsdamer „Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte“ (HBPG) statt. Unter dem Titel „Unsichtbare Spuren – Gesundheitsschäden durch politische Verfolgung in SBZ/DDR“ wurden die Folgen – insbesondere die psychischen - für die Opfer der SED-Diktatur thematisiert. In der gemeinsam mit der Berliner Beratungsstelle für politisch Traumatisierte der DDR-Diktatur „Gegenwind“ gestalteten Vortrags- und Diskussionsveranstaltung wurden vor allem Probleme der Anerkennung von Verfolgungsschäden in Rehabilitierungsverfahren benannt

Ulrike Poppe begrüßt die Teilnehmer der Veranstaltung „Unsichtbare Spuren – Gesundheitsschäden durch politische Verfolgung in SBZ/DDR“ im HBPG in Potsdam

Anlässlich des 50. Jahrestags der Schließung der Grenzen der DDR zu West-Berlin, dem Mauerbau am 13. August 1961, bot die Landesbeauftragte mehrere Veranstaltungen an. In den meisten Fällen führte sie diese mit Partnern vor Ort durch. Zusammen mit der BLpB präsentierte sie im Mai 2011 in Potsdam das aktuelle Heft der Zeitschrift „Horch & Guck“, das unter dem Titel „Sperrgebiet – Grenzfälle nach dem Mauerbau“ hierauf einen Schwerpunkt legte. Autoren des Heftes stellten ihre Beiträge vor.

Einen anderen Blick auf die Folgen des Mauerbaus warfen Referenten und Diskutanten in einer mit dem Berliner Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen und der Vertretung des Landes Brandenburg in Berlin durchgeführten Veranstaltung am 25. Mai 2011. Gefragt wurde nach den Konsequenzen für West-Berlin, West-Berlinern und jenen Brandenburgern und Ost-Berlinern, die bis zum 13. August 1961 in West-Berlin arbeiteten. Die wissenschaftlich fundierten Beiträge lösten eine spannende Diskussion aus. Ende Juni wurde ein anderer Aspekt der Teilung Deutschlands im Wege-Museum in Wusterhausen thematisiert: Die Erinnerungen der Wusterhausener an die Fernstraße 5, auf der bis zu Beginn der 1980er Jahre der Transitverkehr zwischen West-Berlin und Hamburg verlief und die auch von den Truppen der sowjetischen Streitkräfte benutzt wurde. Von Martin Ahrend gesammelte Erinnerungen der Bewohner stimulierten die einheimischen Besucher zu zahlreichen eigenen Berichten.

Auf großes Interesse stießen die Erinnerungen an die Transitstrecke West-Berlin – Hamburg bei den Wusterhausener Bürger. Viele ergänzten die vorgetragenen Berichte mit eigenen Erinnerungen.

Bis zum 12. August 1961 fuhr die S-Bahn von Potsdam durch West-Berlin in die Hauptstadt der DDR. Nicht nur die Einstellung dieser Strecke am 13. August stand im Zentrum des Vortrags des Berliner Historikers Dr. Burghard Ciesla im Potsdamer Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, sondern auch die Besonderheit, dass eine Einrichtung der DDR – die Reichsbahn und die zu ihr gehörige S-Bahn - weiter bis 1982 durch den Westen rollte. Die dabei aufgekommenden Probleme für die Reichsbahnmitarbeiter führten zu zwei heftigen Arbeitskämpfen.

Am Vorabend des 50. Jahrestags des Mauerbaus zeigte die Aufarbeitungsbeauftragte gemeinsam mit dem Filmmuseum Potsdam Filme des Filmstudios der Grenztruppen der DDR, die der Filmwissenschaftler Dr. Claus Löser ausgewählt hatte und kommentierte. Diese Filme dienten der Instruierung der Grenzsoldaten für ihren Dienst. Schlusspunkt setzte ein Beitrag, der die Zeit zwischen Oktober und Dezember 1989 bei den Grenztruppen in Berlin dokumentierte.

Der Filmhistoriker Dr. Claus Lösner führte in die Filme des Studios der Grenztruppen der DDR ein.

Der Film „Risse im Land", 1993 als erster Dokumentarfilm über einen ermordeten DDR-Flüchtling von der Potsdamer Regisseurin Sibylle Schönemann gedreht, erzählt vom Leben und Sterben des zwanzigjährigen Michael Schmidt, der 1984 an der Mauer in Berlin-Pankow

erschossen worden war. Nach seiner Präsentation las der Publizist Roman Grafe aus seinem Buch „Die Schuld der Mitläufer“, ehe die Aufarbeitungsbeauftragte mit den beiden und dem Publikum im Babelsberger Kino „Thalia“ ein lebendiges Gespräch führte.
Gemeinsam mit dem DDR-Geschichtsmuseum im Dokumentationszentrum Perleberg führte die Aufarbeitungsbeauftragte eine Veranstaltung anlässlich des 50. Jahrestags der „Aktion Festigung“ am 3. Oktober 1961 durch. Im Rahmen dieser Aktion wurden mehr als

Ernst-Otto Schönemann berichtete in Perleberg über seine Aussiedlung aus Lenzen am 3. Oktober 1961.

3.200 Bürger aus dem Sicherheitsstreifen an der innerdeutschen Grenze gegen ihren Willen auf Befehl der DDR-Regierung ins Innere der Bezirke umgesiedelt. Hiervon waren Brandenburger betroffen, die an der Elbe in der Prignitz lebten, aber zu der Zeit verwaltungsmäßig zum Bezirk Schwerin gehörten. Im Rahmen der Veranstaltung wurden die historischen Hintergründe und die Folgen für die Betroffenen erläutert. Frau Poppe stellte in einem Gespräch Ernst-Otto Schönemann vor, der als 20-jähriger Student mit seinen Eltern aus Lenzen zwangsumgesiedelt wurde. Die Veranstaltung war außerordentlich gut besucht und die regionale Presse berichtete am folgenden Tag ausführlich darüber. Zudem fand am folgenden Tag ein moderiertes Zeitzeugengespräch im Rahmen eines Projekttages am Gerhard-Hauptmann-Gymnasium in Perleberg statt.
Infolge der Errichtung der Berliner Mauer am 13. August 1961 protestierten Strausberger

Jugendliche gegen die Absperrmaßnahmen der DDR-Regierung und schrieben politische Parolen an Wände und Tore in Strausberg. Am 19. August zündeten sie eine frei stehende Feldscheune an. Anschließend wurden fünf Jugendliche aus dem Strausberger „Ted-Herold-Klub“ verhaftet, die der Volkspolizei und dem MfS bereits bekannt waren. In einem Schauprozess am 15. September, der vom MfS vorbereitet und initiiert wurde, erhielten die 17-Jährigen Michael Gartenschläger und Gerd Resag lebenslange Haftstrafen. Der Prozess fand im damaligen Kulturhaus der Nationalen Volksarmee in Strausberg statt. Hieran wurde mit der Veranstaltung erinnert, in der sich einer der damaligen Angeklagten, Jürgen Höpfner, im Gespräch mit der Landesbeauftragten über seine Beteiligung sprach. An der sehr gut besuchten Veranstaltung nahmen viele ehemalige Klassenkameraden und Freunde der fünf Verurteilten teil.

Der brandenburgische Justizminister Dr. Volkmar Schöneburg (Die Linke) diskutierte auf dem Podium mit Ulrike Poppe und der Landtagsabgeordneten Sabine Niels (Bündnis 90/Die Grünen) über die Notwendigkeit erneuter Überprüfungen der Staatsanwälte und Richter.

Seit dem Frühjahr 2011 wurde in den Medien über ehemalige Mitarbeiter des MfS in den Reihen der Polizei und im Justizministerium berichtet. Nahezu alle zwei Wochen wurde ein neuer Fall eines Polizisten oder Richters vorgestellt, dem eine Zusammenarbeit mit dem MfS

nachgewiesen werden konnte, oder der politische Urteile oder Anklageschriften gegen Ausreiseantragsteller gefällt bzw. verfasst hatte. Zunehmend wurde die Frage gestellt, ob die Überprüfungen bei den Einstellungen in den Polizeidienst und der Bestellung zum Staatsanwalt oder für ein Richteramt nach Wiedergründung des Landes Brandenburg 1990 ordnungsgemäß verlaufen sind. Angesichts einer Zuspitzung der Debatte und der anstehenden Überarbeitung des Stasi-Unterlagengesetzes durch den deutschen Bundestag, welches den Kreis der Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst, die auf eine frühere Zusammenarbeit mit dem MfS überprüft werden durften, erweitern sollte, führte die LAkD öffentliche Veranstaltungen mit dem Minister des Innern und dem Justizminister in Zusammenarbeit mit dem LStU Berlin durch. Im Rahmen beider Veranstaltungen wurde im jeweils ersten Teil die Überprüfungsphase in den frühen 1990er Jahren aufgearbeitet und im zweiten Teil über die daraus entstandenen gegenwärtigen Probleme diskutiert. Beide Veranstaltungen fanden ein reges öffentliches Interesse.

Die Veranstaltung fand einen breiten Interessentenkreis.

Im Elbe-Elster-Kreis wurden im September 2011 gemeinsam mit verschiedenen Partnern Diskussionsveranstaltungen, Beratungen, Lehrerfortbildungen, Schüler-Zeitzeugengespräche und Gespräche mit potentiellen Kooperationspartnern in der Multiplikatorenfortbildung

durchgeführt. Im Landratsamt Herzberg wurde zudem die Wanderausstellung „28 Jahre getrennt - Die Folgen des Grenzregimes für die Brandenburger“ gezeigt. Die Auftaktveranstaltung fand gemeinsam mit dem Landrat in Bad Liebenwerda statt. Insgesamt fanden in den drei Tagen vier Bildungsveranstaltungen und fünf Beratungstermine an vier verschiedenen Orten statt.

Ein bis dahin vernachlässigtes Thema in der zeitgeschichtlichen Forschung und der öffentlichen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur ist der Militärstrafvollzug in der NVA gewesen. Das zentrale Gefängnis der Armee in Schwedt war Ausgangspunkt für eine Veranstaltung vor Ort gemeinsam mit den Uckermärkischen Bühnen und der Bundesstiftung Aufarbeitung. Dr. Rüdiger Wenzke vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr und Arno Polzin von der BStU präsentierten neue Forschungsergebnisse zur Militärjustiz in der DDR und zum Haftort Schwedt. Anschließend wurde eine ausführliche Besichtigung des verlassenen Areals angeboten. Im ehemaligen Zellentrakt lasen Schauspieler des Schwedter Theaters aus Zeitzeugendokumenten. Zum Schluss wurde eine Video-Installation des Künstlers Stefan Roloff gezeigt, in der ehemals dort Inhaftierte zu Wort kamen.

Schauspieler der Uckermärkischen Bühnen in Schwedt trugen Erinnerungsberichte ehemaliger Insassen des Militärgefängnisses vor.

Künstlerische Mittel zur Vermittlung von Erfahrungen in der SED Diktatur nutzt auch Stefan Krawczyk. Im Rahmen einer Veranstaltung mit dem DDR-Dokumentationszentrum in Perleberg trug er Gedichte, Geschichten und Lieder vor, in denen er damals die Verhältnisse in der DDR kritisiert hatte. Aber auch neuere Lieder wurden vorgestellt und ergänzt durch kurzweilige Kommentare mit allerlei Lebensweisheiten eines politisch wachen Menschen.

Ende September stellte die Aufarbeitungsbeauftragte gemeinsam mit dem Metropol Verlag das Buch „Der begrenzte Himmel“ von Dr. Claus Gerhard im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte vor. In dem Band wird anschaulich dargestellt, welchen Gefahren Drachenflieger und Paraglider sich in der DDR aussetzten – diese Sportart war verboten.

Der ZDF-Journalist Friedrich kurz (li.) diskutierte mit ehemaligen Drachenfliegern aus der DDR und dem Autor Dr. Claus Gerhard (re.).

Der Schriftsteller Ulrich Schacht hat in seinem Roman „Vereister Sommer“ sein erstes Treffen mit seinem russischen Vater beschrieben und darin die kurze Liebesgeschichte seiner Eltern, die mit der Inhaftierung seiner Mutter endete, eingeflochten. Im Rahmen von zwei Lesungen in der Gedenkstätte Lindenstraße und im Menschenrechtszentrum Cottbus vermittelte er den Zuhörern seine Erfahrungen in der kommunistischen Diktatur.

Ulrike Poppe begrüßt die Teilnehmer der Veranstaltung „Justizalltag im Unrechtsstaat“ mit Peter Peukert (ehem. Richter in Potsdam), Stephan Hilsberg, Dr. Erardo C. Rautenberg, Rudi Beckert und Prof. Dr. Rainer Schröder (v. li.).

Die letzte Veranstaltung im Berichtszeitraum thematisierte die Rolle der Justiz in der DDR-Diktatur. Gemeinsam mit der Stiftung Aufarbeitung, dem LStU Berlin und dem Metropol Verlag präsentierte der ehemalige Richter am Höchsten Gericht der DDR, Rudi Beckert, im Interkulturellen Zentrum "Gertrud von Saldern" in Brandenburg (Havel) seine Memoiren. Anschließend diskutierte er mit dem Juristen Prof. Dr. Rainer Schröder, dem Mitbegründer der SDP/SPD in der DDR, Stephan Hilsberg und anderen, moderiert vom Brandenburgischen Generalstaatsanwalt, Dr. Erardo C. Rautenberg.

3.3 Ausstellungen

Neben Bildungsveranstaltungen unterschiedlichen Formats gehören Ausstellungen zu den wichtigen Medien der politisch-historischen Aufarbeitung. Mit Ausstellungen soll sensibilisiert, informiert und zu weiterer Beschäftigung mit dort behandelten Themen angeregt werden.

Nach Bezug der neuen Diensträume in der Potsdamer Hegelallee präsentierte die Aufarbeitungsbeauftragte Arbeiten ehemals politisch Verfolgter und Traumatisierter, die in einer

therapeutischen Malgruppe der Berliner Beratungsstelle für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur – Gegenwind ihre Traumata künstlerisch aufarbeiteten. Unter dem Titel „Von Sprachlosigkeit befreien“ stellten die Akteure zusammen mit ihrem künstlerischen Leiter

Der **künstlerische Leiter der Malgruppe, Dieter Zander, im Gespräch mit Besucherinnen.**

Dieter Zander eine Auswahl zusammen. Das öffentliche Interesse an den Arbeiten stärkte das Selbstvertrauen der ehemals Verfolgten, für die das Malen ein wichtiger Schritt in der Verarbeitung der zum Teil schwersten psychischen Verletzungen bedeutet.

Vom 11. Mai bis zum 30. Juni 2011 wurde die die Ausstellung „Auferstanden aus Ruinen. Fotografien von Harald Hauswald“ gezeigt. „Auferstanden aus Ruinen“ lautete die erste Zeile der von Johannes R. Becher verfassten Nationalhymne der DDR. Mit den Ruinen, die das Ergebnis des von Deutschland verursachten Zweiten Weltkriegs waren, meinten Becher und die SED nicht nur die Trümmer in den Städten der damals gerade gegründeten Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch das Ende einer bürgerlichen Welt. Der Aufbau des „Neuen Deutschlands“ führte allerdings zu einer neuen Diktatur. Der Fotograf Harald Hauswald (geb. 1954 in Radebeul) hat diesen Aufbau in den 1970er und 80er Jahren dokumentiert. Seine Fotografien zeigen den Alltag in den noch vorhandenen Ruinen. Die von ihm fotografierten Menschen versuchen, diesen Alltag zu bewältigen, aber sie schaffen sich auch

ihren eigenen Raum, in welchem sie ihren Eigensinn bewahren. Uniform- und Fahnenträger wirken müde, ausgelaugt und stehen im Widerspruch zu den inszenierten Propagandabildern der SED und ihrer Medien. Hauswald fotografierte auch die Veränderungen seit 1990. Am Tag der Ausstellungseröffnung wurde der Dokumentarfilm „Radfahrer“ des Filmemachers Mark Thümmler gezeigt, der die Überwachung Hauswalds durch das MfS einfach, aber prägnant zeigt.

Eine weitere Fotoausstellung zeigt die SED-Propaganda und den Alltag in der DDR in den 1970er und 1980er Jahren. Unter dem Titel „Stagnation und Aufbruch. Fotografien aus der DDR 1970 bis 1990“ wurden 140 Fotos von Jürgen Nagel präsentiert. Der Fotograf und Autor Jürgen Nagel hielt mit seiner Kamera vor allem die Propagandalosungen des SED-Regimes fest. Die zahllosen politischen Parolen in düsterer Umgebung oder an einsamen Orten illustrieren den Niedergang des Landes. Ausführlich dokumentierte Nagel aber auch den politischen Umbruch im Herbst 1989. Zahlreiche Fotos von den Demonstrationen – vor allem vom 4. November 1989 in Ost-Berlin – dokumentieren die Phantasie der Demonstranten und die Vielfältigkeit ihrer Aktionen.

Der Fotograf Jürgen Nagel las aus eigenen Texten zur Eröffnung der Ausstellung.

Anlässlich des 50. Jahrestags der Errichtung der Berliner Mauer am 13. August 1961 erarbeitete die Aufarbeitungsbeauftragte eine eigene Wanderausstellung. Unter dem Titel „28 Jahre getrennt. Folgen des Grenzregimes für die Brandenburger“ werden die Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg und schließlich die Sperrung der Grenzen zu West-Berlin 1961 exemplarisch dargestellt. Die Ausstellung fokussiert die Auswirkungen auf die Brandenburger, die seit Juli 1952, nach der Auflösung des Landes, in den Bezirken Cottbus, Frankfurt, Potsdam und Schwerin lebten. Neben zahlreichen Dokumenten und Fotografien stehen sechs Geschichten im Zentrum der Ausstellung, die vor allem mit Videointerviewauszügen vermittelt werden. Die Themen reichen von der Teilung der Familien, über die Einweisung in ein Zwangsarbeitslager, die Zwangsumsiedlung aus dem Grenzgebiet zu West-Berlin und in der Prignitz bis hin zur Tötung eines jungen Mannes, der 1974 versuchte, die Elbe zu durchschwimmen. Die Ausstellung wurde am 5. August 2011 in den Räumen der Aufarbeitungsbeauftragten eröffnet und inzwischen im Landratsamt Herzberg, bei dem Tag der Deutschen Einheit in Bonn sowie im Erwin-Strittmatter-Gymnasium in Gransee gezeigt. Für das Jahr 2012 ist sie bereits an vier Orten gebucht.

Neben Abbildungen und Dokumenten werden in der Wanderausstellung Ausschnitte aus Interviews präsentiert.

4. Politisch-historische Bildungsarbeit mit jungen Menschen

Junge Menschen über diktatorische Herrschaftsformen aufzuklären, ist eines der zentralen Ziele der LAkD. Der in § 2 des BbgAufarbBG formulierte Auftrag zur Aufklärung der Öffentlichkeit bezieht die junge Generation selbstverständlich ein. Sie hat die DDR und ein Leben in Unfreiheit nicht selbst kennengelernt und kann sich eine Diktatur nicht vorstellen. Während die Generationen der über 40jährigen selbst noch die DDR bzw. die deutsche Teilung erlebten, können die Nachgeborenen nur noch durch Vermittlung über diese Zeit erfahren.

4.1 Geschichtsaneignung

Geschichtsvermittlung soll nicht als normativer Diskurs praktiziert werden, sondern der Freiraum für eigene Deutungen, Analysen und Urteile muss offen gehalten werden. Das bedeutet, verschiedene Perspektiven auf historische Ereignisse einzubeziehen, verschiedenste Geschichtsquellen zu nutzen und eine Methodenvielfalt in der Geschichtsarbeit anzuwenden. Geschichtsvermittlung geschieht nicht im norm- und wertfreien Raum. Die Grundrechte in der demokratischen Gesellschaft und der Rechtsstaat bilden den normativen Rahmen für die politisch-historische Bildungsarbeit. Die Auseinandersetzung junger Menschen mit der Geschichte muss an ihrer Lebenswelt orientiert sein, um von ihnen als relevant und interessant empfunden zu werden. Die Freiheitsrechte und das Rechtsstaatsprinzip gelten in unserer heutigen Gesellschaft als selbstverständlich. Gleichwohl sind auch diese nicht unumstritten und durchaus fragil. In der Auseinandersetzung mit den Freiheitsbeschränkungen in einer Diktatur können Jugendliche den Wert dieser Rechte erkennen und lernen, dass sie sich für deren Erhalt einsetzen müssen. Dazu bedarf es unter Umständen auch Mut. Auch die Kategorie Mut ist eine wichtige Brücke zwischen Geschichtsverständnis und derzeitiger Herausforderung, den Gefährdungen von Freiheit und Demokratie entgegenzutreten. Nicht selten werden gerade aus Vergangenheitsbezügen generierte Debatten sehr heiß und emotional geführt, wie die Diskussionen um die Stasibelastung von Politikern in Brandenburg zeigen. Themen aus der Vergangenheit werden mitunter für gegenwärtige politische Interessen genutzt. Jugendliche sollen solche Diskurse verstehen lernen und sich darin orientieren können.

Bei der Bildungsarbeit mit jungen Menschen versteht sich die LAkD in erster Linie als Kooperationspartner von Bildungsinstitutionen und -trägern. Fachkräfte in öffentlichen und freien Schulen sowie bei Trägern der Jugendarbeit sollen unterstützt und motiviert werden, sich

zusammen mit den jungen Menschen über Struktur und Wirkungsweise der SED-Diktatur sowie den Lebensalltag in der DDR zwischen Anpassung und Widerstand auseinanderzusetzen. Im Gespräch mit dem Minister für Bildung, Jugend und Sport im Juni 2010 wurde die Mitwirkung der LAkD in die laufende Überarbeitung der Rahmenlehrpläne für Geschichte und Politische Bildung der Sekundarstufe I vereinbart, sowie Zeitzeugengespräche an brandenburgischen Schulen und Lehrerfortbildungen. Auf Anregung des Ministers für Bildung, Jugend und Sport wurde die Aufarbeitungsbeauftragte in das Bündnis für Werteerziehung aufgenommen. Darin haben sich im Jahr 2010 mehr als dreißig Einrichtungen und Verbände, darunter die Kirchen, Gewerkschaften, Landtagsfraktionen, Wirtschafts-, Jugend- und Sportverbände sowie Kultureinrichtungen zusammengefunden, um auf der Grundlage gemeinsamer Grundsätze zur Werteerziehung die Werteaneignung der jungen Generationen zu unterstützen.

4.2 Bildungsinstitutionen bei der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte unterstützen Pädagogen und junge Menschen für Diktaturfolgen sensibilisieren

Bildungsinstitutionen, insbesondere Schulen sollen dabei unterstützt werden, Wissen über die DDR unter besonderer Berücksichtigung ihres Herrschaftssystems zu vermitteln. Widerstand gegen das SED-System und die Folgen für Menschen, die in der DDR Opfer von Repressionen wurden, sollen dabei einen besonderen Stellenwert haben. Angesichts der immer noch nicht ausreichenden gesellschaftlichen Anerkennung derjenigen, die in der DDR Widerstand geleistet haben und/oder aus politischen Gründen verfolgt wurden, sollen pädagogische Multiplikatoren und Jugendliche für die Leistungen dieser Menschen und die persönlichen Folgen, die sie dafür in Kauf nehmen mussten, sensibilisiert werden. Daher setzt sich die LAkD für verstärkte Einbeziehung von Zeitzeugen in die Geschichtsarbeit mit jungen Menschen ein.

4.3 Veranstaltungen mit Schülerinnen und Schülern

Die Aufarbeitungsbeauftragte hat seit Beginn ihrer Tätigkeit an vielen Veranstaltungen für junge Menschen an verschiedenen Orten im Land Brandenburg mitgewirkt, zu denen sie von diversen Akteuren eingeladen wurde. Oftmals wird sie als Zeitzeugin des Widerstands gegen die SED-Diktatur angefragt. Neben der Teilnahme an Podien und Diskussionen anderer

Die LAkD unterstützte auch das Projekt zur archäologischen Dokumentation des Fluchttunnels der Familie Aargaardt in Glienicke Nordbahn. Dazu gehörte auch eine Schülerprojektwoche.

Veranstalter organisiert die LAkD auch selbst Möglichkeiten, mit jungen Menschen ins Gespräch zu kommen und Wissen über die Geschichte der DDR zu vermitteln. So stand sie im September 2010 gemeinsam mit dem damaligen Minister für Bildung, Jugend und Sport, Holger Rupprecht, den Schülern des Oberstufenzentrums König Wusterhausen als Zeitzeugin zur Verfügung. Den Fragen von Schülern stellte sie sich auch im April 2011 im Rahmen der Projekttage am Potsdamer Leibniz-Gymnasium. Reinhard Schult sprach mit Schülern des Zweiten Bildungswegs an der VHS Elbe-Elster im September 2011. Das Thema innerdeutsche Grenze wurde vor allem in zwei Filmveranstaltungen mit Schülern in Potsdam und Finsterwalde vermittelt. Im Anschluss an die Vorführung des ZDF-Fernsehfilms „An die Grenze“ stand der Drehbuchautor Stefan Kolditz, der in dem Film seine eigenen Erfahrungen als Wehrpflichtiger bei den Grenztruppen der DDR verarbeitet hatte, den Schülern als Gesprächspartner zur Verfügung.

Eine Filmveranstaltung der Initiative Filmernst und des Filmmuseums Potsdam für Schülerinnen und Schüler am 8. Juni 2011 über die sogenannte Ostklasse des Berliner Berta-von-Suttner-Gymnasiums und die Auswirkungen des Mauerbaus auf sie wurde durch die LAkD finanziell gefördert.

4.4 Lehrerfortbildungen

Die LAkD sieht es als Aufgabe, Pädagoginnen und Pädagogen inhaltliche und methodische Unterstützung bei der Geschichtsvermittlung zu geben. Daher führt die Aufarbeitungsbeauftragte in Kooperation mit verschiedenen Partnern Lehrerfortbildungen durch. Die beiden ersten Veranstaltungen für Lehrerinnen und Lehrer der Fächer Geschichte, politische Bildung und Lebensgestaltung-Ethik-Religion fanden in Kooperation mit dem MBJS und den Staatlichen Schulämtern Wünsdorf und Frankfurt (Oder) im Jahr 2010 statt. Unter dem Titel „Aufarbeitung der DDR-Geschichte - ein Gespräch mit Ulrike Poppe, der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur“ wurden im Oktober in Ludwigsfelde und im November in Fürstenwalde Veranstaltungen mit je ca. 30 Lehrkräften durchgeführt. Dabei ging es insbesondere darum, die neue Behörde LAkD als künftigen Kooperationspartner vorzustellen und sich über die Erfahrungen bei der Geschichtsvermittlung auszutauschen.

Bereits kurz nach der Amtseinführung der Aufarbeitungsbeauftragten wandte sich der Landesverband des Geschichtslehrerverbands Deutschland an die LAkD mit dem Wunsch nach Zusammenarbeit. Noch im Sommer des Jahres 2010 wurden erste Schritte der Kooperation vereinbart. Dazu gehörte die Initiierung einer Lehrerfortbildung über „Die Rolle des Lehrers als Zeitzeuge“, die durch den Geschichtslehrerverband und das Landesinstitut für Schule und Medien unter Mitwirkung der Aufarbeitungsbeauftragten und der Landeszentrale für politische Bildung im November 2010 durchgeführt wurde. Daran nahmen ca. 60 Pädagoginnen und Pädagogen teil.

Im Jahr 2011 wurden mehrere Lehrerfortbildungen veranstaltet. Unter dem Titel „Zwischen Konfirmation und Jugendweihe“ ging es am 16. Februar 2011 um die Rolle der kirchlichen Jugendbildung in der DDR und die Versuche des Staates, den kirchlichen Handlungsspielraum hier einzuschränken. Diese Fortbildung fand in Kooperation mit dem Amt für kirchliche Dienste der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz sowie dem Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR statt. An der Veranstaltung nahmen ca. 80 Lehrerinnen und Lehrer aus den Ländern Berlin und Brandenburg teil. Es wurden vier Workshops zu den Themen „Konspiration und Pädagogik - Stasi und Schule“ (Karsten Harfst), „Subversive Jugendkultur als Ausdruck von Freiheit? - Die Bluesmessen“ (Dirk Moldt), „Jugendweihe oder Konfirmation - Jugendweihe

und Konfirmation“ (Anke Blumenthal, Jens Kramer, AKD) und „Sich ein eigenes DDR-Bild machen - Urteilsbildung und Quellenkritik im Geschichtsunterricht“ (Elena Demke, LStU Berlin) angeboten. Der Bischof der EKBO, Dr. Markus Dröge, und die Aufarbeitungsbeauftragte, Ulrike Poppe, hielten Referate.

Im August 2011 veranstalteten die Aufarbeitungsbeauftragte und ihre Mitarbeiterin Dr. Marianne Subklew eine schulinterne Fortbildung zum Thema „Umgang mit der Vergangenheit“ im Evangelischen Schulzentrum Neuruppin. An der Veranstaltung nahmen 75 Lehrkräfte teil. Gemeinsam mit der Gedenkstättenlehrerin Gudrun Andrich fand am Gymnasium Herzberg am 12. September 2011 eine Fortbildungsveranstaltung statt. Es ging um die Arbeit mit Zeitzeugen an „authentischen Orten“ – hier an der Gedenkstätte Lager Mühlberg. In Brandenburg an der Havel veranstaltete die LAkD gemeinsam mit dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und der Projektwerkstatt „Robert Havemann“ am 7. November 2011 den Praxisworkshop „Historische Kompetenzen von Schülern stärken: Zeitzeugenberichte im Unterricht – Dekonstruktion und Rekonstruktion von erzählter Geschichte. Ein Praxisworkshop zum didaktischen Umgang mit Zeitzeugenerzählungen“. Die Veranstaltung wurde durchgeführt von Christiane Bertram (Universität Tübingen) unter Mitwirkung des Zeitzeugen Shanghai Drenger. Bei dem Praxisworkshop wurden Instrumente erprobt, die Lehrerinnen und Lehrern helfen, Zeitzeugengespräche effektiv und fruchtbar im Unterricht im Sinne des Erwerbs historischer Kompetenzen einzusetzen. Die Arbeit mit einem Zeitzeugen, der Quelle und Darstellung ist, eignet sich im Besonderen, um einerseits historisches Interesse von Schülerinnen und Schülern zu wecken und andererseits zu lernen, wie geschichtliche Erzählungen analysiert (dekonstruiert) werden. Dies ist in Anlehnung an den Rahmenlehrplan Geschichte eine fruchtbare Methode zur Ausbildung historisch-narrativer Fertigkeiten. Eine vergleichbare Veranstaltung fand am 8. November des Jahres gemeinsam mit dem Geschichtslehrerverband, Landesverband Brandenburg, im Menschenrechtszentrum Cottbus in Zusammenarbeit mit dessen Trägerverein statt.

4.5 Kinder und Jugendliche für Zeitgeschichte interessieren

Kinder und Jugendlichen sollen angeregt werden, sich innerhalb und außerhalb der Schule mit der Geschichte ihrer Region auseinanderzusetzen. Sie sollen insbesondere motiviert werden, Zeitzeugen zu befragen, Spuren historischer Ereignisse zu suchen und zu sichern. Hier gibt es im Land Brandenburg wertvolle Anknüpfungspunkte durch das Jugendgeschichtsprogramm „Zeitensprünge“. Seit 2004 können sich Jugendliche mit ihren Projektleitern um eine Förderung aus diesem Programm für lokale Geschichtsprojekte bewerben. Umgesetzt wird es von der Stiftung Demokratische Jugend und dem Landesjugendring Brandenburg. Förderer ist das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport.

Im Rahmen des mehrtägigen Workshops wurden die aktuellen Zeitungen zum 50. Jahrestag des Mauerbaus ausgewertet.

Für das Jahr 2011 wurde zwischen den genannten Partnern anlässlich des 50. Jahrestags des Mauerbaus ein Sonderprogrammteil „Leben mit der Mauer“ ausgeschrieben, über den fünf zusätzlich Projekte gefördert werden konnten. Die Finanzierung dafür übernahm die LAkD. Um die Geschichtsarbeit der Projekte zu unterstützen, wurde am Wochenende des 13. August 2011 ein Workshop für Jugendliche zu historischer Projektarbeit und zur Ausei-

nandersetzung mit dem Mauerbau und seinen Folgen durchgeführt. Veranstalter waren die Stiftung Großes Waisenhaus zu Potsdam, die den Workshop auch finanziell förderte, der Landesjugendring mit seiner Beratungsstelle Zeitwerk sowie die LAkD. Während des dreitägigen Workshops wurde u. a. eine Spurensuche auf Rädern entlang des Mauerradweges durchgeführt und die Gedenkstätte Notaufnahmelager Berlin-Marienfelde besucht. Am Ende setzten sich die jugendlichen Teilnehmer künstlerisch mit ihren Eindrücken auseinander. Die Projektergebnisse der Zeitspringer wurden auf dem vom Landesjugendring und der Stiftung Demokratische Jugend veranstalteten großen Jugendgeschichtstag unter Mitwirkung der LAkD präsentiert.

Die Jugendlichen begannen die Mauerradtour am Bahnhof Griebnitzsee.

Die Kooperation mit der Stiftung Demokratische Jugend und dem Landesjugendring bei der Jugendgeschichtsarbeit wird im laufenden Jahr ausgebaut, weil gerade die selbstorganisierte historische Spurensuche im Lebensumfeld der Kinder und Jugendlichen das Interesse an geschichtlichen und gesellschaftlichen Themen stärkt.

Im Rahmen der Tour wurden die Stelen zur Erinnerung an die Todesopfer der Berliner Mauer besichtigt und der Opfer gedacht.

4.6 Zusammenarbeit mit den Gedenkstättenlehrerinnen und -lehrern

Eine sehr gute Erfahrung für die LAkD ist die Zusammenarbeit mit Gedenkstättenlehrerinnen und -lehrern im Land Brandenburg. Sie sind verschiedenen Gedenkstätten zugeordnete Ansprechpartner für die Schulen und unterstützen Lehrerinnen und Lehrer beim Unterrichten

am außerschulischen Lernort. Die Gedenkstättenlehrkräfte haben umfangreiche Kenntnisse über die Gedenkstätten in ihrem Zuständigkeitsbereich und arbeiten mit Zeitzeugen eng zusammen. Damit haben sich diese Pädagoginnen und Pädagogen als hervorragende Kooperationspartner bei Veranstaltungen für Jugendliche und Lehrkräfte erwiesen. Die aus der Kooperation entstandenen gemeinsamen Fortbildungen sind im Punkt 4.2 erwähnt. Die Gedenkstättenlehrkräfte haben viele regionale Kontakte und kennen die örtlichen Schulen und sind damit „Lotsen“ für die LAkD vor Ort.